

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

8. Sitzung des Herrenhauses (vom 12. Februar).

11 Uhr. Am Ministerial: Camphausen, Commissarien.

Der Gesetzentwurf betreffend die anderweitige Regelung der Geschäftsführer für die Vollstreckung der Exekutionen seitens der Verwaltungsbeförderen in den hohenzollernischen Landen wird ohne jegliche Debatte gemäß dem Antrage des Referenten Bitter in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

II. Für den von dem Präsidenten vorgelegten Entwurf einer neuen Regulation der Geschäftsführung für das Herrenhaus beantragt die Commission Zustimmung. Nach den Ausführungen des Referenten Prof. Dernburg sind keine tiefgreifende Änderungen vorgenommen, sondern nur Weitläufigkeiten und Incorrectheiten der Fassung, sowie unpraktische Bestimmungen, welche technische Schwierigkeiten verursachten, beseitigt. Unter andern sind die dem Herrenhaus eigenhümlichen thatshälichen Berichtigungen, welche nach dem Schluß der Debatte erlaubt waren, beibehalten und nicht durch persönliche Bemerkungen ersetzt. In der Generaldebatte verteidigt Graf Brühl den prinzipiellen Standpunkt, daß man nirgends conservativer sein müsse, als in Geschäftsführungssachen. Graf zur Lippe beklagt sich über die Form, in welcher aus mehreren Ministerien, z. B. dem Cultus-Ministerium, die Vorlagen dem Hause zugingen, dieselbe erachtete ihm nicht höchst genug, des Weiteren wünscht er, die Commissionserörterung als Regel eingestellen. Während aber Graf Brühl gänzliche Ablehnung der neuen Ordnung beantragt, will Graf zur Lippe die Vorlagen an die Commission zur Vornahme verschiedener Änderungen zurückweisen. Das Haus geht indessen zur Specialerörterung über.

Über die im § 2 enthaltene neue Bestimmung, daß die Zahl der Schriftführer nicht mehr 12, sondern 8 betragen soll, erhebt sich eine längere Debatte. In Anlaß einer Neuerung v. Bernuth's erklärt in derselben Graf Brühl es für unparlamentarisch, die Persönlichkeit des Präsidenten in die Debatte zu ziehen und dadurch die freie Diskussion zu beschränken. Die Frage wird indessen nicht zum Ausdruck gebracht. Ein Antrag Senft v. Biltsch's auf Embloc-Annahme der neuen Geschäftsführung bleibt in der Minorität, nachdem Graf Brühl bemerkt, daß das Haus noch nicht so viel gearbeitet habe, um nicht ein paar Stunden der Geschäftsführung widmen zu können. Die neue Geschäftsführung findet in der von der Commission beantragten Fassung die Zustimmung des Hauses trotz des vielfachen Widerstands, der namentlich vom Grafen Brühl und Grafen zur Lippe zu den einzelnen vorgeschlagenen Änderungen erhoben wird. Die einzige vorangegangene Modifikation des Commissionsantrags ist die Herauslösung der zur Unterstützung von Ämtern erforderlichen Zahl von 20 auf 15 Mitglieder; dagegen verbleibt es für die Interpellationen bei dem Erforderniß von 20 Unterschriften. Die neue Geschäftsführung tritt mit dem 1. März in Kraft.

III. Der Gesetzentwurf zur Ergänzung der Gesetze vom 7. October 1865 und 7. April 1869 betreffend die Errichtung von trigonometrischen Marksteinen enthält die Bestimmung, daß nicht nur die zwangsweise, sondern auch die im Wege der Vereinbarung entstehenden, zur Errichtung solcher Steine bestimmten Grundstücke auf Requisition im Hypothekenbuch abgeschrieben werden müssen. Der Entwurf wird ohne Debatte genehmigt.

IV. An Stelle des vorherigen Mitgliedes der Matrillen-Commission v. Waldau-Steinhöfel wird durch Acclamation v. Plötz in dieselbe gewählt.

Schlus der Sitzung 1½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend (die Stunde ist der Bestimmung des Präsidenten vorbehaltet) mit der vorläufigen Tagesordnung: Statutsgesetz und Etat, Petitionen betreffend Lehrerdoviationsgesetz und Eisenbahnen.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

4. Sitzung vom 12. Februar.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück, v. Mittwoch u. A. Die elsässisch-lothringischen Abgeordneten sind bei dem Bureau des Hauses noch nicht angemeldet. Die Tribünen sind überfüllt.

Nachdem über eine große Zahl von Wahlen, die in den Abtheilungen für gültig befunden worden, berichtet und das Resultat der vor der heutigen Plenarsitzung erfolgten Wahl der Commissionen für die Geschäftsführung und für Petitionen mitgetheilt ist, tritt das Haus in die erste und zweite Verathung des vom Abg. Schulze (Deliß) vorgelegten Gesetzentwurfs ein, den Art. 32 der Verfassung des deutschen Reiches dahin abzuändern: „Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus Reichsmittel Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht darauf ist unstatthaft.“ Dazu tritt die provisorische Bestimmung: „Bis zum Erlaß dieses Gesetzes steht der Bundesrat die Höhe der Reisekosten und Diäten fest.“

Abg. Schulze: Ich wiederhole heute mit Rücksicht auf diese vollständig neu gewählte Versammlung eine Forderung, deren Berechtigung in den weitesten Kreisen von Tag zu Tag entschiedener anerkannt wird und in unseren wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnissen tief begründet ist. Es handelt sich hier nicht um die volle Entschädigung für die Opfer, mit denen die Annahme des Mandats verbunden ist, sondern es soll ihnen nur der kleine Theil der Auslagen vergütet werden, die ihnen aus dem Aufenthalt hier selbst während der Sessionsperiode erwachsen, nicht die schweren und unerträglichen Schädigungen, die sie dadurch erleiden, daß sie monatelang ihrer Geschäftsführung entzogen werden. Sehr verkehrt ist die Auffassung, daß es immer Lente geben werde, die sich diesen Auswendungen aus opferwilligem Gemeinsinn gern unterziehen werden. Es handelt sich hier nicht um gemeinnützige Tendenzen, sondern darum, daß allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wirklichkeit und Gedemann zugänglich zu machen.

Die Diätenlosigkeit aber schafft als ein wirkliches Correctiv des allgemeinen Wahlrechts verträgt sich nicht mit dem Gesetz und verfehlt seinen Zweck. Das Gesetz kennt keine Correctivbeschränkungen des allgemeinen passiven Wahlrechts, und wollte man solche einführen, so hätte man den Mut haben müssen, dieselben im Gesetz klar und deutlich anzubrüsten. Worauf zielt aber das Correctiv? Will man im Reichstag andere Männer haben, als im Landtag? Oder hat sich bei den Landtagen die Gewährung von Diäten nicht bewährt? Vielmehr hatte man einen anderen Zweck im Auge, der auch früher bereits von dem Freiherrn Schenk von Stauffenberg ausgeprochen worden ist: man wollte durch dieses Correctiv extreme Parteien von diesem Hause ausschließen. Nun, die letzten Wahlen beweisen, daß man gerade andere Elemente ausgeschlossen hat, die uns sehr willkommen sein sollten, nämlich den gebildeten Mittelstand in seinen verschiedenen Verzweigungen. Man hat darauf hingewiesen, daß man das, was die Partei auf sich nimmt die Entschädigung aus eigenen privaten Mitteln, man auch den unteren zu muthen könne. Aber das wollen wir nicht aus Gründen, die im höchsten Grade respektabel sind. Sie würden auf diese Weise die bloßen Localinteressen wach rufen; die Abgeordneten würden gebunden und in der Freiheit befristet sein, die sie zum Wohl des Landes notwendig gestehen müssen; es würde mit einem Worte jede andere Entschädigung als die aus Reichsmitteln die unheilvolle Wirkung haben.

Die Bundesregierungen haben nun bereits angefangen, die Notwendigkeit der Entschädigung anzuerkennen. Das Resultat waren die samojen Fahrkarten. Dieses Mittel ist ein so verwerfliches und unjener gerechten Forderung so wenig entsprechendes, daß wir auf das Entscheidende dagegen auftreten müssen. Führen uns diese Fahrkarten nicht geradezu auf Abwege? Was thun wir mit dieser Reisefreiheit durch ganz Deutschland? Soll es etwa eine Entschädigung sein für diejenigen Abgeordneten, die während der Sitzungszeit wegen notwendiger Geschäfte zeitweise nach ihrer Heimat reisen müssen? Für diese geringen Aufwendungen ist doch wohl noch von Niemand ein Anspruch auf Entschädigung erhoben worden. Mr. H., die Sicherung der Belegschaftsfähigkeit scheint es doch gerade auch nicht zu sein, was man durch dieses Mittel bezweckt hat, wenn ich auch das Vertrauen habe, daß kein Abgeordneter zu ausgedehnten Gebrauch davon machen wird. Ich kann unmöglich in diesen Fahrkarten eine auch nur annähernde Genugthuung für unsere gerechte Forderung sehen; man nehme dieselben wieder zurück und gewahre den Deputirten Diäten, wie sie in den obliegenden Verhältnissen, den schwie-

ren Opfern, mit denen die Annahme eines Mandats bei der stetig wachsenden Theuerung in Berlin verbunden ist, entsprechen. Ich hoffe, daß man nach dem ersten falschen Schritt, den man in der Anerkennung unserer Forderung gethan hat, bald den richtigen finden wird.

(Während dieser Rede tritt Bismarck ein.)

Abg. v. Minnigerode: Ich kann zugeben, daß man aus der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags einen gewissen Vorwurf gegen die Diätenlosigkeit und ein Interesse für die Diätenvergütung entnehmen kann. In der Sache selbst jedoch stehen wir auf dem Palt bei Gründung der Verfassung des Reiches, d. h. allgemeines Wahlrecht ohne Diäten. Das Ehrenamt des Abgeordneten soll ein unbekanntes, dieses Haus gewissermaßen eine Versammlung von Notablem sein; der Parlamentarismus setzt eben eine Reihe von Männern voraus, die auch social eine ausreichende Selbstständigkeit besitzen. Wenn wir also gegen die Diäten uns erläutern, nebstem wir keinen Anstand, die Fahrkarten zu benutzen; wir sehen darin nur eine gerechte Ausgleichung einer sehr großen Ungleichheit in der Lage der Abgeordneten; und es darf für die Herren, welche vom Bodensee oder von Memel hierherkommen, dieselben wohl von Bedeutung sein. Daß von den Herren der Fortschrittspartei dieser Antrag gerade jetzt wiederholt wird, hat mich etwas gewundert; gerade mit Rücksicht auf die augenblicklichen sozialen Verhältnisse hätten sie davon absehen sollen; denn auch sie werden sehen, wie sich unter dem Hügel schon der Berg erhebt. Auch bringt nun einmal der Parlamentarismus bei aller idealen Rechtsgleichheit eben sehr große reale Ungleichheiten mit sich, und wir würden mit der Annahme der Diäten geradezu eine Selbstidiotie beschließen, einen Alt der Nothwehr begehen. Warum motiviert man überhaupt diese Forderung von der liberalen Seite immer auf diese Weise, warum versucht man es nicht einmal von einer anderen Richtung her durch ein anderes Wahlgesetz? Darin würden unserer Ansicht nach viele Garantien liegen für die Abwehr der betroffenen Befürchtungen; auch wären wir bereit, auf diesem Gebiet mit Ihnen (der Linken) in Verathung zu treten. Auch in den leitenden Kreisen Frankreichs denkt man an die Frage, auf welche Weise man das allgemeine Wahlrecht und den Wahlmodus modifizieren könnte.

Abg. Frankenburger (Bayern): Auf Grund meiner in Süddeutschland gemachten Erfahrungen sehe ich mich veranlaßt, mich für den Antrag auszusprechen. Es gibt im parlamentarischen Leben Dinge, die wenn sie einmal gebraucht, als verbraucht gelten müssen; dazu gehören auch die Einwendungen des Vorredners; ich entinne mich, daß ich in den Zeitungen bei allen früheren Verathungen über diesen Gegenstand genau dieselben Einwände gelesen habe. Andererseits aber gibt es parlamentarische Fragen, die so oft wieder angebracht werden müssen, bis sie auch in den Kreisen, die dafür eine gewisse Schwerhörigkeit besitzen, Gehöre finden, und dazu gehört die Diätenfrage. Die Erscheinungen bei den letzten Wahlen haben es klar bewiesen, daß die Uebel der Diätenlosigkeit noch viel grüber und die Gründe für die Verfassung der Diäten noch viel unrichtiger sind, als bisher angenommen wurde. Bei dem allgemeinen Wahlrecht sollen doch die Volksvertreter die Summe der Erwählten sein, welche das größte Vertrauen des Volkes besitzen. Nun aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der Autorität des Reichstages. Die Verfassung der Diäten ist somit eine innere Unwahrheit. Nur aber sind bei den letzten Wahlen gerade die Männer des ersten Vertrags zurückgetreten, weil in Folge der Diätenlosigkeit ihnen die Mittel fehlen, um die materiellen Opfer, welche die Annahme eines Mandats mit sich bringt, bestreiten zu können. Man hat zu Männern des dritten und vierten Vertrags greifen müssen, ja das Vertrauen zu manchem Vertreter dem Volke erst beibringen müssen; zum großen Schaden der

Wahlrecht verlassen dürfen, welches eng verbunden ist mit der allgemeinen Wehrpflicht. Wenn der Herr Abgeordnete ein Correctiv für das allgemeine directe Wahlrecht wünscht, so gibt es hierfür nur ein Mittel, nämlich die allgemeine Volksbildung. Auch der Einwand, daß die Gewährung von Diäten zu einer gewerkschaftlichen Betreibung des Amtes eines Abgeordneten führen wird, ist nichtig. Die Reichsregierung, der ja die Feststellung des Diätenfonds anheimgegeben ist, wird denselben nicht so hoch bemessen, daß man aus den Diäten einen großen Erwerb ziehen könnte. Schließlich spreche ich die feste Überzeugung aus, daß die Reichsregierung dem beständig an sie herantrudenden Wunsche der Volksvertretung auf die Dauer der Zeit nicht wird ihre Berücksichtigung verlagen können.

Die erste Berathung wird geschlossen und sofort in die zweite eingetreten. Abg. Sonnemann: Ein Vorredner hat sich für die Errichtung der Fahrtarten ausgesprochen. Ich behaupte, daß sich nach der Reichsverfassung unzulässig sei und aus diesem Grunde habe ich auch von der Fahrtarte keinen Gebrauch machen zu dürfen geglaubt. Auch der Herr Präsident des Reichstags-Amts hat früher den Art. 32 der Verfassung in diesem Sinne ausgelegt, daß das Reich weder direkt noch indirekt irgend welche Entschädigung an die Abgeordneten leisten könne. Indes halte ich die Gewährung solcher Entschädigungen für dringend nothwendig und deshalb werde ich für den vorliegenden Antrag stimmen.

Nach einer persönlichen Bemerkung v. Unruh's wird der Antrag Schulze in namelicher Abstimmung mit 229 gegen 79 Stimmen angenommen. (Gegen denselben stimmen die conservativen Elemente des Hauses und einzelne Nationalliberale, wie v. Bemmelen, Kapp, Valentin, Wallachs, v. Unruh, Baehr, Stephani und Mosle; das Centrum stimmt mit der Fortschrittspartei und dem Gross der Nationalliberalen für den Antrag.)

Es folgt die Berathung des Antrages des Abg. Windhorst (Meppen): Den Reichskanzler aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Königlich preußische Regierung die Berathungen des Landtags der preußischen Monarchie für die Dauer der Sitzungen des deutschen Reichstags ohne Verzug zum Abschluß bringe.

Abg. Windhorst: Nachdem ich den Antrag eingebracht hatte, hat der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses die Geschäfte desselben in eine Lage gebracht, die uns gestattet, jetzt hier zu sein. Ich hoffe, daß der Präsident auch ferner ähnlich verfahren wird, und in dieser Hoffnung ziehe ich diesen Antrag im Einverständniß mit meinen Gesinnungsgenossen für jetzt zurück.

Es folgt die Berathung über den Antrag der Abgeordneten Bernards, Windhorst und Genssen: „den § 44 der Geschäftsvorordnung für den deutschen Reichstag abzuändern, wie folgt: Die Annahme zum Worte erfolgt, nachdem die Berathung über den betreffenden Gegenstand eröffnet ist, förmlich bei demjenigen Schriftführer, welcher die Rednerliste zu führen und die Reihenfolge zu überwachen hat undals solcher durch den Präsidenten verkündigt ist. In der Annahme wird bemerkt, ob für oder gegen den Antrag gesprochen werden soll. Wenn mehrere Redner beim Beginne der Discussion sich gleichzeitig zum Worte melden, so wird für sie die Reihenfolge durch das Los bestimmt. So lange es möglich ist, wird mit den Rednern, welche für und wider sprechen wollen, gewehlt.“

Bis jetzt wurde nämlich eine Rednerliste nicht festgestellt, sondern dem Redner das Wort erteilt, welcher nach Eröffnung der Discussion oder nach Beendigung der vorhergehenden Rede zuerst darum nachsuchte.

Abg. Windhorst: Es ist bekannt, daß schon bei der Berathung über die jetzt bestehende Geschäftsvorordnung die Frage der Rednerliste sehr eingehend diskutiert worden ist. Meine Erfahrungen haben mich zu der Überzeugung gebracht, daß wir die Rednerliste nicht entbehren können. Die Praxis, die in Hannover bestand, wo allerdings die Verhandlungen ohne Rednerliste sehr gut von statthaften gingen, ist auf ein so großes Haus wie dieses nicht anwendbar. Hier ist bisher die Methode, einen Redner für und einen gegen abwechselnd sprechen zu lassen, oft immer gehalten, noch öfter aber außer Acht gelassen worden. Ich hätte gewünscht, daß alle Mitglieder des Hauses Erfahrungen über die Uebelstände, die aus dem Mangel der Rednerliste erwachsen, machen und wollte deshalb diesen Antrag erst später stellen; anderseits aber wollte ich den Schein vermeiden, als sei er hervorgegangen aus Unzufriedenheit mit dem jetzigen Präsidenten. Die Erfahrungen, die man gegen unsern Antrag vorbringen könnte, sind größtentheils nicht zu treffend, am allerwenigsten die Exemplification auf das englische Parlament. Dieses zerfällt in zwei große Parteien und so ergibt sich das Verhältniß auch ohne Rednerliste von selbst. Ich behaue, daß unser früherer Präsident nicht zugegen ist; er würde mir bestätigen, daß ein Präsident den Ruf der Unparteilichkeit nur unter der Bedingung, daß eine Rednerliste geführt wird, sich wahren kann. Hoffentlich wird unser Antrag der Geschäftsvorordnungskommission zur Prüfung überreicht werden.

Abg. Dr. Braun: Es ist mir, was die persönliche Seite bei diesem Antrage anbelangt, höchst erfreulich, daß der Antragsteller sich von den Institutionen seines früheren, engeren Vaterlandes zu den Institutionen Preußens, d. h. zur Rednerliste bekannt hat. Das ist aber für mich noch nicht entscheidend, so lange nicht die Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Änderung nachgewiesen ist, was von Seiten des Vorredners nicht geschehen ist. Es hat sich bisher das Bedürfnis nach einer Rednerliste hier nicht geltend gemacht; hin und wieder wurde zwar in der Presse ein Schmerzensdreiblatt laut, der aber immer aus einem engen Wahlkreise kam, die darüber betrübt waren, daß ihr spezieller Deputierter nicht genügend zu Worte kam. (Heiterkeit!) Den Streit pro praeisdine und contra praeisdine wollen wir hier lieber außer Acht lassen; ich denke, wir meinen es mit unserem Herrn Präsidenten ebenso gut wie die Antragsteller. Machen wir ihm lieber sein mühseliges Amt dadurch leichter, daß wir uns nicht so sehr zum Worte drängen. (Heiterkeit!) Bei der bisherigen Praxis sind doch die Minoritäten genügend zu Worte gekommen, und ich kann nicht gerade sagen, daß das verehrte Mitglied für Meppen zu kurz gekommen wäre (Sehr wahr!), eben so wenig wie der Abgeordnete für die Stadt Hannover (Cwald), dessen Fraktion doch auf seiner eigenen Person nur noch aus zwei bis drei anderen besteht. (Heiterkeit!) Man hat nun gesagt, die Exemplification auf England passe nicht, weil dort nur zwei große Parteien bestehen. Aber die Sache ist im englischen Unterhause tout comme chez nous. Auch wir haben nur zwei große Parteien, die centripetalen und die centrifugalen Partei. (Heiterkeit!)

Diejenigen, welche seit 1867 im norddeutschen und dann im deutschen Reichstage gesessen haben, werden alle zugeben, daß seit der Abschaffung der Rednerliste unsere Debatten an Lebendigkeit, Kraft, Ausdruck und Wirksamkeit bedeutend gewonnen haben. Die Rednerliste schafft uns nur Paradesreden, Vorlesungen und steife Abhandlung und hindert die freie Entwicklung eines wirklich dialectischen Prozesses. Auch gegen die Bevorzugung der Redner vom Regierungsliste ist das einzige Correctiv der Mangel der Rednerliste; es kann ihnen immer dann gleich eine Antwort von demjenigen Mitgliede gegeben werden, welches dazu gerade in der Lage ist. Ein sehr beträchtlicher Uebelstand der Rednerliste sind die sogenannten Strohmänner: es schlägt nämlich Jemand 6 oder 8 Parteigenossen vor, die sich alle zum Worte melden, und von diesen tritt dann der erste ihm seinen Platz ab. Sollte der Antrag Bernards angenommen werden, so würde ich deshalb folgendes Amentum beantragen: 1) daß kein Blaustausch mehr stattfinden darf und 2) daß jeder, der sich zum Worte gemeldet hat, sprechen muß. (Heiterkeit!) Hat der Redner eine Hypothek auf meine Ohren, so glaube ich auch eine auf seinem Mund zu haben. Wenn Jeder von uns mit gutem Willen und Vertrauen den Präsidenten unterstützt, so wird es ohne Rednerliste ebenso gut gehen, wie bisher. Sagen wir deshalb mit Fleischsperger: Nolumus leges terrene nostras mutare. (Beifall links. Heiterkeit!)

Die Debatte über diesen Gegenstand wird durch Vertagung der Sitzung um 3½ Uhr unterbrochen. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Ruft der heutigen Tagesordnung und Nachtragsetat für 1874, Abänderung des Penitentiary-Gesetzes vom 27. Juli 1873.)

Berlin, 12. Februar. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Ober-Stabsarzt I. Klasse a. D. Dr. König, zuletzt Regimentsarzt des oldenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 91, den Roten Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den bisherigen Vice-Consul Heinrich Friedrich Wilhelm Richard Bartels in Jassy zum Consul des Deutschen Reiches in Helsingfors ernannt. Se. Maj. der König hat den Stadt- und Kreisrichter Rieß in Magdeburg zum Stadt- und Kreisgerichts-Rath; und den Kreisrichter und Amtsleitungs-Diregenten Carl in Langensalza zum Kreisgerichts-Rath ernannt.

Der Lehrer Carl Haupt zu Brieg ist zum Gewerbeschullehrer ernannt und an der Generalschule zu Brieg angestellt worden.

Dem Goldleisten-Fabrikanten und Bergolbermeister Gustav Bergemann zu Berlin ist unter dem 9. Februar 1874 ein Patent auf eine Leisten-Verarbeitungs-Maschine auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 12. Febr. Gestern dinierten Ihre Kaiserlich und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin bei den Kaiserlichen Majestäten. — Heute findet ein grösseres Diner im Kaiserlichen Palais statt, zu welchem das Präsidium des Reichstages geladen ist. Ihre Majestät die Kaiserin-Königin besuchte Se. Königliche Hoheit den Prinzen Georg von Preußen zu Seinem heutigen Geburtstage.

Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz nahm gestern Vormittag um 11 Uhr militärische Meldungen entgegen und empfing darauf den Schlosshauptmann von Dachröden und den zu den Herrenhaus-Sitzungen hier eingetroffenen Feldmarschall v. Steinmetz.

Um 5 Uhr begaben sich Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin zum Diner zu Ihren Majestäten, und nach demselben besuchte Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit die Vorstellung im Schauspielhause.

(Reichsanzeiger.)

Gewinn-Liste der 2. Classe 149. Königl. Preuß. Classe-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168,

ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 30 Thlr. sind den betreffenden Nummern

in Parenthese beigegeben.)

Aus dem Berliner Fremden- und Anzeigeblatt.

Bei der heute beendigtenziehung sind folgende Nummern gezogen

worüber:

24. 40. 56 (40). 75. 92. 159. 331. 49. 520. 849 (50). 1186. 209.

463. 509. 46. 67. 613 (40). 33. 862. 72. 2016. 345 (40). 66. 440.

47. 72. 558. 68. 852. 3066. 82. 93. 188. 225. 73. 364. 77. 91 (40).

442. 75. 645. 97 (50). 794. 828. 908 (40). 83. 4205. 85 (2000). 312.

432 (40). 612. 91. 712. 60 (600). 80. 951. 5080. 156. 203. 26. 325.

426. 509. 764. 6165. 206. 21. 344. 47 (40). 409. 35. 524. 732.

831. 44. 59. 72. 99 (60). 966. 72. 7425. 71. 83. 562 (40). 901. 86.

8017 (50). 128. 41. 95. 537. 68. 661. 945. 9138. 47 (40). 360. 91.

577. 92. 713. 857 (40). 84. 916. 22. 44.

10.035 (40). 51 (40). 162. 357. 675 (40). 81. 721. 55. 891. 946.

95. 11,122 (40). 76. 373. 443. 787. 911. 12,254. 312. 464. 554.

94. 766 (60). 893. 13,089 (50). 318. 409. 42. 668. 70. 881. 94. 95.

993. 14,111. 341. 73. 85. 448 (40). 718. 86. 827. 75. 916. 46. 48.

66. 15,117. 30. 258. 95. 320. 51. 99. 562. 66. 837. 901 (10,000). 13.

42. 50. 16,008. 38. 245. 334. 97. 690. 831. 17,159 (40). 74. 408.

37. 39. 545. 609. 831. 96. 951. 18,077. 143. 244. 77 (60). 430.

527. 638. 834 (50). 19,157. 224. 425. 78. 598. 652. 96. 97. 789.

853. 70 (40). 901.

20.022. 36. 142. 63. 84. 278. 366. 546. 92. 653 (50). 61. 86.

87 (40). 709. 14. 66. 803. 18. 914. 21,110. 62. 325 (50). 51. 468.

77. 816 (60). 971. 22,134 (40). 229. 337. 79. 90. 427 (60). 632. 70.

780. 824. 933. 23,033. 67. 102. 65. 292. 306. 48. 525. 81. 862.

924. 24,163. 305. 454. 77. 759. 810. 25,253. 467. 516. 659. 762.

810. 50. 996. 26,075. 538. 765. 87 (40). 891. 27,217. 27. 93. 308.

453. 563. 28,191. 261. 400. 592 (50). 641. 734. 825. 29,039. 92.

371. 413. 72. 90. 534. 65. 826 (40).

30.011. 95. 156. 87. 97. 247. 391. 419 (40). 38. 665. 882. 969.

31,009. 31. 52. 282. 347. 480. 644. 47 (60). 704 (40). 32,007. 33.

154. 75. 212. 35. 355. 527. 761. 877. 937. 33,032. 93. 197. 245.

80 (80). 300. 64. 478 (50). 530. 854. 929. 34,176. 99. 225. 72 (40).

308. 57. 427. 63. 735. 40. 35,000. 148. 350. 72. 464. 754. 897.

36,124. 268. 453. 531. 34. 42. 636. 87. 751. 65. 932. 92. 37,037.

67. 288. 335. 51. 454 (40). 528. 48. 832. 50. 61. 975. 38,010. 109.

37. 302. 476. 705. 19. 860 (40). 39,013. 22. 169. 301. 417. 44.

633. 34. 739. 48. 835. 920. 78. 96.

40.249. 88. 307 (80). 14. 46. 509. 64. 647 (40). 61. 713. 70. 853.

972. 41,032. 224. 77 (50). 333. 91 (40). 547. 606 (40). 41. 760. 800.

988. 42,112. 215. 95 (40). 99. 301. 24. 427. 650. 84. 730. 803.

954. 43,012. 694. 743. 918. 26. 61. 44,077. 90. 190. 294. 384. 400.

20. 551. 632. 72. 760. 805. 52 (40). 45,190. 278. 407. 530. 94.

611. 707. 9. 74. 50. 879. 914. 77. 46,014. 175. 314. 811. 31 (40).

990. 47,020. 38. 66. 83. 159. 339. 53. 453. 68 (50). 576. 685. 905.

28. 48,007. 93. 168. 224. 324 (80). 64. 415. 82. 94. 638. 704. 87.

856. 64. 4

zu politischen Zwecken steht nicht zu wünschen, da Sie Ihre Ansichten und Wünsche in Bezug auf die in Aussicht genommenen Modifizierungen der Verfassung auch auf anderem Wege und namentlich durch die Presse aussprechen können, und der Landtag in der Freiheit der Beratung beeinträchtigt erscheinen würde, wenn über die ihm vorgelegten Propositi gleichzeitig Volksversammlungen verhandelten. Der Respect vor der öffentlichen Meinung scheint hierauf in Schwerin doch größer zu sein, als man es für gewöhnlich zugestehen will. (Wartet nur! Es wird anders kommen! Art. 4 Nr. 16. der Verfassung des Deutschen Reichs weist die Gesetzgebung über das Vereinswesen der Kompetenz des Reiches zu. Schon in voriger Session hat die Fortschrittspartei einen darauf bezüglichen Gesetzentwurf eingereicht und darin so gemäßigte Forderungen aufgestellt, daß an seiner Annahme nicht zu zweifeln ist. Die Wiederholung des Antrages ist sicher und wenn Alles gut geht, können die mecklenburgischen Reichsbürger über's Jahr schon, ohne erst Herrn v. Bassewitz und Genossen um Erlaubnis zu fragen, Versammlungen halten und Misstrauens-Vota gegen Minister beschließen, welche wahrhaftig nicht geeignet sind, einen Feudalstaat in einem konstitutionellen Staat überzuleiten. D. Red.) (Voss. Ztg.)

Köln, 11. Febr. [Erklärung.] Der Redaktion der „K. Z.“ geht nachfolgendes vom 10. datirtes Schreiben zur Veröffentlichung zu:

Unter Hinweisung auf den in dem heutigen ersten Blatte der „K. Z.“ enthaltenen Artikel aus der „Germania“, das Verschwinden von vielen Briefen bei der Postbeförderung zwischen Köln und Teltow bestehend, erklärt ich hiermit amtlich, daß weder mir noch einer der hiesigen Postanstalten von solchen Fällen etwas bekannt geworden, und eben so wenig eine hierauf gerichtete Reclamation von irgend einer Seite vorgebracht ist. Zugleich erüchte ich die beiden Kölner Familien, welche sich wegen des Verlorengehens ihrer Briefe mit Teltow, statt an die Postbeförde, an die Expedition der „Germania“ gewandt haben, mir ihre näheren Angaben mittheilen zu wollen, wonächst ich eine weitere Untersuchung sofort veranlassen werde.

Der kaiserliche Ober-Postdirektor Tidholz.

Ahdn, 11. Febr. [Zuchtpolizeigericht.] Das bekanntlich im October v. J. vom „Mainzer Journal“ zuerst veröffentlichte Antwortschreiben auf den Briefwechsel zwischen Kaiser und Papst: „An den Kaiser“ bildete heute den Gegenstand zweier Processe vor dem hiesigen Zuchtpolizeigerichte. Zunächst wurde gegen den Redakteur der „Ahdn. Volksztg.“, die das fragliche Schriftstück abgedruckt hatte, verhandelt und zwar lautete die Anklage auf Majestätsbeleidigung. Die hiesige Ratskammer hatte den heutigen Angeklagten außer Verfolgung geliebt, der Anklageneinfall dagegen die gegen jenen Beschlüsse erhobene Opposition des öffentlichen Ministeriums als begründet angesehen und die Sach vor das Zuchtpolizeigericht hier selbst verwiesen. Eine Majestätsbeleidigung findet die Anklage hauptsächlich in einem Punkt des incriminierten Schriftstücks. Ueberhaupt soll gemäß den Ausführungen des Vertreters des öffentlichen Ministeriums „die unpassende, pöbelhafte und ungewöhnliche“ Fassung des Artikels eine Beleidigung des Kaisers enthalten. Von Seiten der Vertheidigung wurde auszuführen verucht, daß der fragliche Artikel nur ein Act der Nothwehr gewesen sei gegenüber den Behauptungen des kaiserlichen Schreibens an den Papst über die deutschen Katholiken. Der Artikel sei übrigens von der gesammten ultramontanen Presse Deutschlands nachgedruckt worden und an mehreren Orten, z. B. Mainz, Münster, Elberfeld etc., wo ebenfalls Anklage auf Majestätsbeleidigung erhoben worden sei, seien freisprechende Urtheile ergangen. Herr Staatsprocurator Ratzenauer beantragte zwei Monate Festungshaft, indem er auf ein verurtheilendes Erkenntniß des Düsseldorfer Landgerichts hinwies. — Dieselbe Anklage war wegen desselben Vergehens gegen den Redakteur des „Mühlheimer Anzeigers“ erhoben, in welchem ebenfalls der „Brief an den Kaiser“ abgedruckt worden war. Von Seiten des öffentlichen Ministeriums wurde unter Bezugnahme auf den vorschenden Prozeß derselbe Strafantrag genommen. Das Urtheil, das zuerst bis zum Schlusse der heutigen Sitzung verlängert wurde, wurde schließlich bis auf nächsten Sonnabend vertagt. (Rh. Z.)

Köln, 12. Febr. [Die fällige englische Post.] aus London den 11. d. Abends, ist ausgeblieben.

Weissenfels, 6. Febr. [Geistlichen-Conferenz.] Auf einer am 2. d. M. hier abgehaltenen freien Conferenz von Geistlichen aus den Ephorien Weissenfels, Lissen und Lützen wurden, nach der „Kreuz-Ztg.“, folgende beide Resolutionen nach lebhafter Discussion mit 38 gegen 3 Stimmen angenommen: „1) Nach der bei der dritten Lesung im Abgeordnetenhaus angenommenen Formulirung des Gesetzentwurfs, betreffend die obligatorische Civilreise und die Führung der Civilstands-Register, erachten wir die Uebernahme der Pflichten eines Civilstands-Baumens für unverträglich mit dem Charakter unseres Amtes als evangelische Geistliche.“ „2) Wir vertrauen, daß in dieser Lage die vorgezeigten kirchlichen Behörden die Gewissen der evangelischen Geistlichen schonen und die Uebernahme solches Amtes weder befahlen, noch anempfohlen werden.“

Dresden, 12. Febr. [Vertagung.] Die erste und die zweite Kammer sind heute durch königliches Decret vertagt worden. Die Stattherathung ist bis auf Weiteres ausgegesetzt. Vorher hatte die zweite Kammer noch den Etat des Innern als letzte Abtheilung des Ausgabenbudgets erledigt, auch die Regierungsforderung für das Eisenbahnbudget zum Betrage von mehr als 10 Millionen Thalern bewilligt.

Aus Baden, 9. Febr. [Auflehnung wider die Kirchengesetze.] So hat denn auch Bischof Kübel, von dessen vermittelnder Stellung gegenüber den Kirchengesetzen bisher Tama so viel Gutes zu erzählen wußte, dem Druck seines Domcapitels nachgegeben und die Feindseligkeiten gegen den Staat und die Kirchengesetze eröffnet. In einer vor Kurzem erlassenen Denkschrift erklärt der Verneuter des Bistums Freiburg, daß eine Anerkennung der neuen Kirchengesetze vom Domcapitel verlangt werde, und daß er ferner zu einer Einwirkung in dem Sinne, den geistlichen Anordnungen über die wissenschaftliche Prüfung zu entsprechen, gegenüber den Pfarrkandidaten seine Zustimmung nicht ertheilen könne. Da diese Erklärung an Bestimmtheit nichts zu wünschen läßt, so steht also auch in Baden die Wiederholung ehemaliger Schritte der Staatsregierung wider ungesehliche Anstellungen von Geistlichen bevor.

Graueich.

Paris, 10. Febr. [Die Regierung und die öffentlichen Arbeiten.] Auf der Seine-Präfectur, schreibt man der „K. Z.“, geht man ernstlich daran, die Versprechungen, welche der Marshall Mac Mahon in seiner neulichen Rede den Baugewerken gemacht hat, zu verwirklichen. Die Noth der Arbeiter ist groß und man muß baldigst Rath schaffen. Man kann nicht auf die Privathäuser rechnen, denn die letzten offiziellen Aufnahmen haben ergeben, daß 80,000 Wohnräume leer stehen, was etwa zwei auf jedes Haus ergeben würde. Eine solche Statistik ist nicht geeignet, die Unternehmer und Capitalisten zum Bauen zu ermutigen, und es bleibt also nur übrig, daß der Staat oder die Stadt Paris das Baugewerk beschäftige. Der Marshall hat in seiner Rede die Vollendung des Hotel Dieu, den Bau der Brücke des Boulevard Saint Germain und der Eisenbahnhäuse von Grenelle und Gentilly angeführt. Die Brücke von St. Germain ist auf drei Millionen veranschlagt und mit den anderen Bauten kommt eine Gesamtsumme von etwa 14 Millionen heraus. Dazu käme dann noch die Million, welche bereits für den Wiederaufbau der Galerien des Louvre bewilligt ist. Aber 15 Millionen sind sehr wenig, um sämtlichen Maurern, Zimmerleuten, Tischlern und Schlossern Arbeit zu schaffen, welche derselben entbehren, es bedarf größerer Unternehmungen, um den Arbeitern wirtschaftlich zu helfen. Der Marshall hat darauf hingedeutet, indem er von der Gürtelbahn sprach, die eine strategische Bedeutung hat, und den neuen Forts, womit Paris umgeben werden soll. Die verschiedenen Projekte der großen Gürtelbahn, welche der Verwaltungsbürokratie vorgelegt wurden, sind verworfen worden; mit einem definitiven Plan ist der Ingenieur Roat de Mandres beauftragt und dessen Plan soll zur Ausführung kommen. Die Militärbauten sollen mit Eiser betrieben werden. Man wird die bedeutenden Summen, die sie erfordern, als eine Hülfe für die nothleidenden Arbeiter darstellen, und hofft da-

durch die Klagen der Steuerzahler zu beschwichtigen, welche immer lauter werden, und durch die neuen Steuern, die man in Versailles votirt, sich noch steigern dürfen. Indessen, so bedeutend die unternommenen Werke auch sein mögen, sie werden nicht genügen, alle mühsamen Hände in Paris zu beschäftigen.

[Der pariser Gemeinderath] eröffnete heute seine außerordentliche Session. Befannlich hatte Vantrain, weil der Gemeinderath sich am 30. Januar gegen ihn ausgesprochen, seine Entlassung eingereicht. Bei der heutigen Wahl eines Präsidenten, wurde er aber wieder ernannt, und zwar mit 32 Stimmen gegen 25, welche Floquet erhielt, den die Opposition als Candidaten aufgestellt.

Großbritannien.

A.A.C. London, 10. Febr. [Die gestern stattgefundenen Parlamentswahlen] haben die conservative Majorität um weitere vier Sitze verstärkt. Das Resultat der bis gestern stattgefundenen Neuwahlen stellt sich wie folgt: Bis jetzt sind 536 Parlamentsmitglieder gewählt, von denen 283 der conservativen und 253 der liberalen Partei angehören. In der Zahl der letzteren sind indeß die Mitglieder der „Home Rule“-Partei mit inbegripen. Die Anzahl der von den Conservativen gewonnenen Sitze ist jetzt auf 80 gestiegen, und die Liberalen haben bisher 28 Sitze gewonnen. Die conservative Majorität stellt sich nunmehr auf 52 Sitze, und wird die alte liberale Majorität von 66 davon in Abzug gebracht, so wird die etwaige neue conservative Regierung über eine Betriebsmajorität von 38 Sitzen verfügen. Da weitere Erfolge vernünftigerweise erwartet werden mögen, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß die nächste Regierung eine Betriebsmajorität von ca. 50 Sitzen haben mag.

[Die Sprecherwahl.] Die „Morning Post“ schreibt: „Wenn wir dem Gericht eher als der Wahrscheinlichkeit Glauben schenken mögen, wird Herr Gladstone dem Parlament begegnen und das Verdict des Landes auf seinen Appell nicht eher als abgegeben erachten, bis es durch eine gegenheilige Majorität ertheilt worden. Dieses Verfahren ist ohne Zweifel constitutionell und dem Herkommen gemäß, und es würde die Geschäfte der Session nicht sehr ernstlich verzögern. Zu gleicher Zeit mag es zum mindesten eine fröhliche Frage anregen. Es gibt wenige öffentliche Männer, die geachteter als Herr Brand — ein fähiger, unparteiischer und populärer Sprecher, wie ein solcher je dieses wichtige Amt bekleidet — sind, und es kann kaum bezweifelt werden, daß beide Seiten des Hauses ihn mit Vergnügen zu dem ehrenvollen Posten, den er mit so viel Takt und Würde bekleidet, wieder erwählt sehen würden. In allen Zeiten war indeß die Sprecherwahl stets die erste Kraftprobe zwischen rivalisirenden Parteien, und es würde ganz dem Herkommen gemäß sein, wenn der Führer einer starken Opposition sich weigern würde, dem Führer des Hauses, wenn dieser sich in einer wissenschaftlichen Minorität befindet, zu gestatten, den Sprecher zu ernennen. Die Tendenz der neuen Zeit ist indeß dazu angethan, die kleineren Eisernen Leute des Parteigefüls zu mildern. Früher würden Tories Whig-Postshafter vom Auslande zurückberufen haben, und umgekehrt, aber nun ist der Dienst des Landes über alle Parteidistanzen gestellt, und es mag in gleicher Weise gehofft werden, daß einem Wunsch, einen Sieg zu beschleunigen, nicht gestattet werden wird, die Wiederwahl eines so tüchtigen und ausgezeichneten öffentlichen Dieners als der frühere Sprecher zu verhindern. Wenn indeß die Frage als eine Herausforderung gestellt wird, so kann nicht bezweifelt werden, daß sie angenommen werden wird; und wenn es der jetzige Premier für gut befindet, dem Parlament zu begegnen, wird sich die erste Streitfrage um den Sprecherposten drehen“. Die Conservativen beabsichtigen der „Times“ zufolge Herrn Spencer H. Walpole, Parlamentsmitglied für die Universität Cambridge, zum Candidaten für den Sprecherposten aufzustellen.

[Katholiken-Meeting.] Wie den „Times“ mitgetheilt wird, hielten die Personen, die zu der am letzten Freitag in der St. James-Hall stattgefundenen katholischen Gegenuntersetzung gegen das protestantische Sympathie-Meeting vom 27. v. Mts. keinen Zulass erhalten konnten, ein Meeting auf dem Trafalgar-Square ab. Nach der Annahme der Resolutionen des Haupt-Meetings marschierte die Menge, aus etwa 600 Personen bestehend, vier Mann hoch nach dem Eingange zur St. James-Hall. Dort ließ sie die „Gewissensfreiheit“ dreimal hoch leben und Grünan für Bismarck erlösen. Sodann bewegte sich der Zug unter Fackelbeleuchtung gegen die deutsche Botschaft, wo sich eine ähnliche Scene abspielte. Ein Meeting zu denselben Zwecken, wie das in der St. James-Hall abgehaltene, fand am Sonntag Abend in der St. Anne's-Hall, im hauptstädtischen Bezirk Epitalfields, statt. Dasselbe hatte den besonderen Zweck, der Meinung der zwischen Katholiken über die preußische Kirchenpolitik Ausdruck zu geben.

[In Salford] bei Manchester gab am letzten Sonntag die Beerdigung eines Jeners, Namens Charles Moorehouse, zu einer großen politischen Kundgebung Anlaß. Nahezu 3000 Personen folgten dem Sarge des Dahingeschiedenen nach dem Glasnomin-Friedhofe, wo er in dem sogenannten Grabe der „Manchester-Martyrer“ der Erde übergehen wurde. Mehrere ehemalige katholische Gesangene hielten Reden am Grabe und bezeichneten den Verstorbenen als ein „Opfer der Tyrannie“. Moorehouse, ein notorischer Feind, hatte wegen seiner Beteiligung an der gewalttamen Befreiung von Kelly und Deasy aus dem Gefangenenvagen in Manchester eine fünfjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen, und, wie es heißt, soll die harte Behandlung, die er im Zuchthause erleiden mußte, sein Leben verkürzt haben.

[In der gestrigen Sitzung der Geographischen Gesellschaft] wurde das Schicksal Dr. Livingstone's wiederum zur Sprache gebracht. Sir Bartholomew, der Präsident, bemerkte, daß, obwohl noch immer ein Hoffnungsträger geblieben sei, derselbe nun kleiner sei als er je gewesen, ehe die letzten detaillirten Nachrichten England erreichten. Doch müßte man sein endgültiges Urtheil hinausschieben und das Beste hoffen. Im Laufe der Sitzung verlas Herr Dr. Lushell einen Bericht über eine „Reise außerhalb der großen chinesischen Mauer“ und Herr G. Phillips „Notizen über Süd-Mangi (China)“.

Provinzial-Beitung.

. Breslau, 13. Febr. [Dementi.] Die Notiz des „Nürnberg-Corr.“, daß der Herr Fürstbischof beabsichtigt, sich nach dem Österreichischen zu begeben (s. die heutige Morgen-Nummer der Breslauer Zeitung) wird von der heutigen Nummer der römischen „Volksztg.“ als durchaus grundlos und gänzlich erfunden, dementirt.

Wie der Fürstbischof über die Staatsgefege denkt, ist aus einem von demselben an Capelan Scholz gerichteten, in der letzten gerichtlichen Verhandlung wider den letzteren den Richtern vorgebrachten Schreiben zu ersehen. Dasselbe lautet: „Breslau, 27. Sept. Euer Chrisherrn haben auf die Ihnen durch den hiesigen Magistrat zugegangene Weisung vom 23. dieses Monats, welche Sie uns unterm 24. ejda. zur Kenntnisnahme eingereicht, demselben zu erklären, daß Sie als Hilfs-Geistlicher in der Pfarrei zu St. Mauritius hier selbst bestellt und daher Kraft des bei Ihrer Weihe zum Priester gelobten Gehorsams im Gewissen streng verpflichtet seien, dort so lange seeligerliche Funktionen zu verrichten, als Sie Ihr Bischof nicht davon entbindet. Wir erwarten von Ihrer priesterlichen Gesinnung, daß Sie Ihrer Pflicht gemäß handeln und bereit sein werden, von ihr auch der Gezeit gegenüber Zeugnis abzulegen. Fürst-Bischof Heinrich.“

■ Auch die görlitzer Zeitungen klagen darüber, daß sie zwei Tage unter einander (Dienstag und Mittwoch) wohl Berliner Zeitungen aber keine Briefe erhalten hätten. Bis jetzt hat noch nichts Zuverlässiges darüber verlautet, welches eigentlich die Ursache dieser wiederholten Kalamität gewesen sei.

P. Liebau, 11. Febr. [Schneefall.] Nachdem der Winter bei uns im Gebirge in der mildesten Gestalt erschienen war und kaum einige Tage Schlittenbahn geschafft hatte, begann vorgestern ein so heftiger Schneesturm, der erst gestern Abend aufhörte, daß der Schnee sogar auf

Strassen 6 bis 7 Fuß tief zusammen geweht wurde. In Folg dessen mußte auf der ganzen böhmischen Bahn von Bardubitz bis Reichenberg und hierher aller Verkehr eingestellt werden und ist selbst bis heute (gegen Abend) noch nicht wieder aufgenommen worden. Nur durch die sehr starken Maschinen unserer Gebirgsbahn wurde es möglich die Verbindung mit Breslau und Berlin trotz des Unwetters offen zu halten, obgleich die Freiburger Bahn wiederholt in Dittersbach den Anschluß versäumt mußte.

[Notizen aus der Provinz] * Görliz. Der „Anzeiger“ schreibt: Auf die vielbesprochenen Bantnotes im Betrage von 4180 Thlr., welche am 27. December v. J. in dem hiesigen Hotel zum „König Wilhelm“ in einer herrenlos zerbrochenen Zitter entdeckt wurden, sind dem Vernehmen nach endlich berichtigte Eigentumsansprüche angemeldet worden. Nach einer bei der königlichen Staatsanwaltschaft hierbei jüngst eingegangenen Mitteilung der Polizeihörde zu Leipzig soll nämlich ein Postpractikant dasselbst einen Geldbrief mit fünftausend Thalern in Bantnotes unterlagen haben, von denen wahrscheinlich die hier gefundenen 4180 Thlr. herrühren, weil ein Student aus Leipzig, welcher zuletzt in demjenigen Zimmer des Hotels „König Wilhelm“ in welchem diese Summe zurückgelassen worden war, logirt hat, ein Bruder jenes Postpractikanten ist und vermutlich die von dem Letzteren unterlagenen Bantnotes in seinem Besitz gelangt sind. Aus welchem Grunde jedoch der Student die Zitter mit dem Gelde hier zurückgelassen haben mag, ist nicht bekannt.

+ Hirschberg. Der „Bote“ meldet unter 11. Februar: Das Stöbewetter und Schneetreiben, mit welchem sich diese Woche einführte, veränderte sich noch Montag Abend in starken Schneefall, welcher bis gestern Abend andhielt, aber doch, wenn auch das Stürmen gestern Nachmittag etwas nachließ, keine gleichmäßige Schlittenbahn herbeiführte. Dem Schneefall folgte gestern Abend bei heiterem Himmel erneute Kälte, welche gegen 10 Uhr sich bis zu 15 Gr. R. steigerte und heute bei Tagesanbruch 9 Gr. aufwies. Das Hochgebirge gewährte heute Vormittag einen imponanten Anblick.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

| Februar 12. 13. | Nachm. 2 u. | Abends 10 u. | Morg. 6 u. |
|----------------------------|-------------|--------------|------------|
| Luftdruck bei 0° | 337°, 39 | 337°, 68 | 336°, 64 |
| Auftürme | — 3°, 4 | — 1°, 9 | — 5°, 7 |
| Dunstdruck | 1°, 25 | 1°, 51 | 1°, 02 |
| Dunstättigung | 86 pCt. | 90 pCt. | 87 pCt. |
| Wind | W. 1 | SW. 1 | SO. 1 |
| Wetter | trübe. | trübe. | heiter. |

Breslau, 13. Febr. [Wasserstand.] D.-P. 4 M. 18 Cm. U.-P. — M. — Cm. Eisstand.

Berlin, 12. Febr. Auch heute war Geschäftsstille das Hauptcharakteristikum des Verkehrs und es konnte der selbe mit gleichem Recht fest oder matt genannt werden, wenigstens war die Stimmung keine einheitliche und erwies sich für viele Effecten recht fest, für andere dagegen aber auch sehr matt. Zu der ersten Kategorie gehörten vorzugsweise sämtliche Anlagegewerbe, die ja überhaupt ihren Weg selbstständig nehmen und von der jeweiligen sonstigen Börsenstimmung wenig influirt werden. Die andererseits für einige Papiere acut austretende Matthieth hatte ihren ganz bestimmten Grund. Zunächst sind in dieser Hinsicht die Actionen des Börsen-Handels, zu erwähnen, welche durch umfangende Blanco-Abgaben sehr bedeutend im Course gedrückt und seitens der Coutilie prozentweise unter der amtlichen Notiz gebandelt werden. Anlaß zu dieser plötzlichen Coursreduction hatte das Verhältnis gegeben, in welchem der Börsen-Handelsverein durch frühere Zeidnung auf Prioritäts-Obligationen zur Baugeellschaft Plechner und dem ihm daraus event. noch erwachsenden Obligo steht. Für Elbinger Eisenbahnbetrieb lag ebenfalls ein sehr starles Angebot vor, da das von der Gesellschaft nachgeführte Moratorium nicht in erhoffter unbeantworteter Weise bewilligt werden durste. Die internationales Speculationspapiere sehr schwierig und vorwiegend in matter Haltung. Lomb. und Oesterl. Creditact. behaupten zwar ihre gestrigen Preise ziemlich unverändert, gingen dagegen aber auch nur in sehr kleinen Beträgen um. Franz. waren belebt, erhielten aber gegen ihre gestrige Notiz eine nicht ganz unbedeutende Coursreduction. Oesterl. Nebenbahnen sehr ruhig. Nordwestbahn fest. Galizier aber weichend, von anderen Devisen dieser Gattung zeichneten sich nur Rudolfsbahn durch regeren Verkehr und bessere Coursnotiz aus. Auswärtige Fonds zeigten eine sehr feste Stimmung und gingen auch recht lebhaft um. Oestl. Renten sehr matt. 1860er Loos in guter Frage, auch andere Loospapiere begehr. Amerikaner sehr fest aber still. Italiener unverändert. Türken konnten ihre gestrige Notiz nicht voll behaupten, Türkloose lebhaft. Sehr günstig war die Stimmung für russische Wertp. die sämtlich zu steigenden Courien begehr blieben, besonders lebhaft waren Pfd.-Sterl.-Anleihen, Prämien-Anleihen, Bodencredit und Stiglit-Anleihen. Breupf. Fonds sehr fest, Abgeber zurückhaltend, Deutsche Fonds still. Auch für Prioritäten bestand die Nachfrage in ungeminderter Stärke und sind Coursredgänge auf diesem Gebiete nicht zu verzeichnen. Halle-Sorauer gingen in Posten zu höherem Course um; ferner waren beliebt Ischl-Oberen, Oesterl., Galizier, Ungarische Nordostbahn und Prag-Dux. Auf dem Eisenbahnmärkte war die Tendenz weniger fest. Zu Beginn der Börse drückten vereinzelt und wenig umfangreiche Coursverläufe die Course der schweren Baut

21½—21¾ Thlr. bez. Gefündigt 100 Ctnr. Kündigungspreis 19¾ Thlr. — Leinöl loco 23½ Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faf loco 10½ Thlr. bez., pr. Januar—Februar 9¾ Thlr. bez., pr. Februar—März 9¾ Thlr. Br. März—April — Thlr. bez., pr. April—Mai 9¾ Thlr. bez., Mai—Juni — Thlr. bez., pr. September—October 10% Thlr. bez. Gefündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr.

Spiritus pr. 10,000 pCt. loco „ohne Faf“ 22 Thlr. 10 Sgr. bez., „mit Faf“ pr. Januar—Februar 22 Thlr. 10—14 Sgr. bez., pr. Februar—März 22 Thlr. 10—14 Sgr. bez., März—April 22 Thlr. 15—17 Sgr. bez., pr. April—Mai 22 Thlr. 16—22—20 Sgr. bez., pr. Mai—Juni 22 Thlr. 18—24—22 Sgr. bez., pr. Juni—Juli 23 Thlr. bis 23 Thlr. 8—5 Sgr. bez., pr. Juli—August 23 Thlr. 11—15—14 Sgr. bez., pr. August—September 23 Thlr. 13—17—16 Sgr. bez., pr. September—October — Thlr. — Sgr. bez.—Gefündigt — Liter. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr.

* [Rumänische Eisenbahn-Gesellschaft.] Nach Mittheilung der Direction genannten Gesellschaft hat die rumänische Regierung auf Abschlag der konventionsmäßigen Zahlung von 12,000,000 Frs. pro 1873 bereits im December verg. Jahres 6,100,000 Frs. gezahlt. Die endgültige Feststellung der von Seiten Rumäniens zu leistenden Quote erfolgt nach Fertigstellung der Betriebsrechnungen im Laufe des Monats Mai. Da der Betrieb der Bahn bei einer Brutto-Einnahme von 8 Millionen Francs, ca. 2 Millionen Francs Ueberschuss ergeben hat, so wird der Zufluss der rumänischen Regierung noch 4 Millionen Francs betragen, deren Zahlung sicher in Aussicht steht. — Nach Leistung dieser Zahlung wird für die Actionäre pro 1873 ein 5 pCt.-Ertragnis sich ergeben, da die Stamm-Prioritäts-Besitzer aus dem Baufonds entzädigt werden.

B. Stettin, 10. Febr. [Stettiner Börsenbericht] Wetter: starker Schneefall. Temperatur — 3° R. Morgens — 6° R. Barometer 28° 6' Wind N.W. — Weizen etwas fester, pr. 2000 Pfd. loco gelb. 70—85½ Thlr. bez., weisser 80—87½ Thlr. bez., pr. Februar 85 Thlr. nom., pr. Frühjahr 86 Thlr. bez., 86½ Thlr. Br. pr. Mai—Juni, Juni—Juli u. Juli—August 86 Thlr. nom., pr. Frühjahr 81½ Thlr. bez. u. Br. — Roggen fester, pr. 2000 Pfd. loco röss. 59½—61½ Thlr. bez., inländ. 60—65½ Thlr. bez., pr. Februar 61½ Thlr. Gd. pr. Frühjahr 61—60½—7% Thlr. bez., Br. u. Gd., pr. Mai—Juni 60—59½ Thlr. bez., pr. Juni—Juli 59%—½ Thlr. bez., pr. Juli—August 58½—% Thlr. bez., 58½ Thlr. Br., pr. September—October 57½ Thlr. bez., u. Br. — Gerste unverändert, pr. 2000 Pfd. loco gelb. 60—69 Thlr. bez., — Hafer behauptet, pr. 2000 Pfd. loco 55—57 Thlr. bez., pr. Frühjahr 57½ Thlr. Br. — Erbsen still, pr. 2000 Pfd. loco Futter 57½—58½ Thlr. bez., — Rüben 59—61 Thlr. bez., — Winterrüben ohne Handel. — Widen pr. 2000 Pfd. loco 50—55 Thlr. bez., Lupinen pr. 2000 Pfd. loco gelb. 50—52 Thlr. bez., blau 46—48 Thlr. bez., Rüböl fest, pr. 200 Pfd. loco vom Lager 19½ Thlr. Br., kurze Lieferung 18½ Thlr. bez., pr. Februar—März 18½ Thlr. Br. u. Gd., pr. April—Mai 19½ Thlr. bez., Br. u. Gd., pr. Septbr.—Octbr. 20% Thlr. bez. u. Gd. — Spiritus fester, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faf 21½ Thlr. bez., pr. Februar 22½ Thlr. Gd. pr. Frühjahr 22½—½—1½—1½ Thlr. bez., pr. Mai—Juni 22½—½ Thlr. bez., u. Br. pr. Juni—Juli 22½—½ Thlr. bez., pr. Juli—August 23½—½—½ Thlr. bez., 23½ Thlr. Br., pr. August—September 23½—½ Thlr. bez., — Petroleum loco 4½ Thlr. bez., u. Br., pr. Februar 4½ Thlr. Br., pr. Septbr.—October 4½ Thlr. bez., u. Br., 4½ Gd.

Angemeldet: 500 Faf Petroleum.

Regulierungspreise: Weizen 85, Roggen 61½, Rüböl 18%, Spiritus 22%, Petroleum 4% Thlr.

Posen, 11. Februar. [Producten-Bericht von Lewin Berliner Söhne] Roggen: (pr. 1000 Kilogramm) fest. Kündigungspreis 63. Gef. — Wsp. Februar 63 bez. u. Br. Februar—März 63 bez. u. Br. Frühjahr 63% bez. u. Gd., April—Mai 63% bez. u. Gd., Mai—Juni 63% bez. u. Br., Juni—Juli 63% bez. u. Br., Juli—August 61 Br. — Spiritu: pro 10,000 Liter %. fest. Kündigungspreis 21½ Thlr. — Litter. Februar 21% bez., u. Gd., März 21% bez. u. Gd., April 22% bez. Gd. u. Br., April—Mai 22½ bez. Gd. u. Br., Mai 22% bez. u. Gd., Juni 22% bez. u. Br., Juli 22% Gd., August 22½ bez. u. Gd. — Widen 1. Juni 1874 ab werden Gebinde à 1 Thlr. 10 Sgr. pr. 100 Liter Rauminhalt berechnet.

Posener Markt-Bericht. Weizen: beachtet, pr. 1050 Kilogramm feiner 87—92 Thlr. mittel 84—86 Thlr. ordinär und defect 80—82 Thlr. — Roggen: ruhiger, pro 1000 Kilogramm, feiner 68—70 Thlr., mittel 65—67 Thlr., ordinär 62—63 Thlr. — Gerste: gefragt, pro 925 Kilogramm, feine 58—60 Thlr., mittel und ordinär 52—54 Thlr. — Hafer: gefragt, pro 625 Kilogramm, feiner 35—36 Thlr., mittel und defect 32—34 Thlr. — Erbsen offeriert, pro 1125 Kilogramm, Koch = Erbsen 64—66 Thlr., Futter = Erbsen 59—61 Thlr. — Lupinen: gefragt, pro 1125 Kilogramm, gelbe 50—55 Thlr., blau 47—50 Thlr. — Widen, begehrte, pro 1125 Kilogramm, 50—54 Thlr. — Leinsamen: ohne Umsatz, pro 50 Kilogramm, 75—85 Thlr. — Delfsäaten: fest, pro 1000 Kilogramm, Raps und Rüben 75—78 Thlr. — Buchweizen: geschäftlos; pro 75 Kilogramm, 50—55 Thlr. — Feinste Waare über Notiz. — Wetter: Frost und Schnee.

Nürnberg, 10. Februar. [Hopfenbericht] der A.-H.-Ztg. Gestern wurde für Brauertunftschaft mehreres gethan und 130—140 Ballen von den Lagern genommen, wobei 3—4 fl. über vornehmliche Preise erzielt werden konnten. Der etwas festeren Ton hat auch heute etwas zugenommen, es waren gute Lagerbierhopfen gefragt und da solche häufig vorhanden, wurden hiefür die gestrigen Preise gerne bezahlt. Es sind Hallertauer Prima zu 68, 70 bis 75 fl. geringe in den 50ern bis 66 fl. in kleinen Postdosen angezeigt. Für Prima Polen 75 fl. gefordert, 72—74 fl. bezahlt. Für Export ist bis jetzt Mittags auch mehreres geschehen, der Umsatz beträgt 160 Ballen. Heutige Notrungen sind: Martwaare prima 54—60 fl., dito secunda 48 bis 52 fl., dito teria 40—45 fl., Würzberger prima 68—75 fl., dito secunda 60—65 fl., teria 48—56 fl., Würzgründer prima 55—60 fl., Hersbrucker Gebrüderhopfen 60—62 fl., dito secunda 45—50 fl., Hallertauer prima 70—75 fl., dito secunda 60—66 fl., dito teria 50—55 fl., Chässer prima 58—62 fl., dito secunda 50—56 fl., Spalter Stadt 90—96 fl. und Leisnau, Spalter Land, leichte Lage 60—80 fl.

Breslau, 13. Febr. 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Martte war im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigen Zuführern und unveränderten Preisen.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weisser 7½ bis 8½ Thlr., gelber 7½ bis 8½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur feinste trockne Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. 6½ bis 7 Thlr., feinste Sorte 7½ Thlr. bezahlt.

Gerste preishaltend, pr. 100 Kilogr. 6½—6¾ Thlr. weisse 7 bis 7½ Thlr. bezahlt.

Hafer sehr fest, pr. 100 Kilogr. 5½ bis 5% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen behauptet, pr. 100 Kilogr. 5% bis 6½ Thlr.

Widen preishaltend, pr. 100 Kilogr. 5 bis 5½ Thlr.

Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 5 bis 5½ Thlr., blaue 4½ bis 5% Thlr.

Bohnen offeriert, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6½ Thlr.

Mais mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 5½ bis 6½ Thlr.

Delfsäaten wenig verändert.

Schlaglein gut behauptet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinzeugt. 7 12 6 8 10 — 9 — —

Winter-Raps. 7 12 6 7 17 6 8 5 —

Winter-Rüben. 7 7 6 7 15 — 7 27 6

Sommer-Rüben. 7 2 6 7 15 — 8 — —

Leindotter. 6 25 — 7 2 6 7 15 —

Rapskuchen matt schlesische 70—73 Sgr per 100 Kilogr.

Leintuchen sehr fest, schlesische 100—103 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleefaat in seinen Qualitäten gut gefragt, rothe ruhiger, ordinäre 11½—12% Thlr. mittel 13½—15 Thlr., feine 15½—16 Thlr., hochfeine 16½—17 Thlr. pr. 50 Kilogr. weisse unverändert, ordinäre 12—14 Thlr. mittel 15—17 Thlr. feine 18—20 Thlr. hochfeine 21—22½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Hymothoe lebhaft gefragt, 10½—12 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3½—4 Sgr.

[Militärwochenblatt] v. Siegroth, Major von der 9. Gend. Brig., zur 10. v. Drygalski, Major von der 1. zur 11. Gend. Brig. verfest. v. Rose, Major a. D. zuletzt Rittmeister u. Eskadr.-Chef im Litt. Ulanen-Rgmt. Nr. 12, in der 9. Brig. angestellt. v. Unruh, Sec.-Lt. a. D. früher im 2. Niederschl. Inf.-Rgmt. Nr. 47, der Char. als Pr.-Lt. verliehen. Frhr. v. Lorenz, Sec.-Lt. vom 4. Niederschl. Inf.-Rgmt. Nr. 51, unter Besförderung zum Pr.-Lt. und unter Belassung in dem Commando-Berthalt bei der Kriegsschule in Reise, in das Colberg. Grenad.-Rgmt. (2. Pomm.) Nr. 9 versezt. v. Parpart, Sec.-Lt. vom Colberg. Grenad.-Rgmt. (2. Pomm.)

Nr. 9, unter Besförderung zum Pr.-Lt. in das 3. Oberschles. Inf.-Rgmt. Nr. 62, verfest. Metting, Oberst-Lt. a. D. zuletzt Major im Rhein. Fuß-Art.-Rgmt. Nr. 8, in die Kategorie der zur Disposition gestellten Offiziere versezt. Nagel, Sec.-Lt. von der Inf. des 2. Bats. (Oppeln) 4. Oberstl. Landwehr-Regiments Nr. 63, mit Pension der Abteilung bewilligt.

Graf zu Lynar, Rittm. a. D. früher im Garde-Drag.-Rgmt., der Charakter als Major verliehen. v. Heinemann, Gen.-Major von der Armee, mit Pension zur Disposition gestellt.

Berliner Börse vom 11. Februar 1874.

Wechsel-Course.

| Amsterdam | 250 Fl. | 10 T. | 4 | 142½ bz. | Divid. pro | 1872 | 1873 | Zl. | 36½ |
|--------------------|----------|-------|----|----------|--------------------|------|------|------|-------|
| do | do | 2 M. | 4 | 141½ bz. | | | | 4 | 11½ |
| Augsburg | 100 Fl. | 2 M. | 5 | 56 20 G. | Berg.-Märkische | 6 | 5 | 95½ | 2½ G. |
| Frankf.-M. 100 Fl. | 2 M. | 3½ | — | — | Berlin-Ahnh. | 17 | 5 | 143½ | 2½ G. |
| Leipzig | 100 Th. | 8 T. | 4½ | 99½ G. | do. Dresden | 5 | 5 | 65½ | 2½ G. |
| London | 1 Lst. | 3 M. | 5 | 62½ bz. | Berlin-Görlitz | 3½ | 5 | 77½ | 2½ G. |
| Paris | 300 Frs. | 8 T. | 5 | 80½ bz. | Berlin-Hamburg | 12 | 5 | 174 | 2½ G. |
| Petersburg | 100 R.R. | 3 M. | 5½ | 91 bz. | Berl. Nordbahn | 5 | 5 | 31½ | 2½ G. |
| Warschau | 90 SR. | 8 T. | 6½ | 92½ | Berl.-Potsd. Magd. | 8 | 4 | 110½ | 2½ G. |
| Wien | 150 Fl. | 8 T. | 5 | 89½ bz. | Böh. Westbahn | 5 | 5 | 160 | 2½ G. |
| do | do | 2 M. | 5 | 88½ bz. | Breslau-Freib. | 7½ | 5 | 96½ | 2½ G. |
| | | | | | Cöln-Minden | 97½ | 5 | 101½ | 2½ G. |
| | | | | | do. neue | 5 | 5 | 138½ | 2½ G. |
| | | | | | do. neue | 5 | 5 | 111½ | 2½ G. |

Fonds- und Geld-Course.

| Freiw. Staats-Anleihe | 4½% jge | 100 | 10 T. | 4 | 104½ bz. | Divid. pro | 1872 | 1873 | Zl. | 36½ |
|-----------------------|-----------|-----|-------|---|----------|------------------|------|------|------|-------|
| Staats-Anl. | 4½% jge | 100 | 10 T. | 4 | 104½ bz. | | | | 11½ | 2½ G. |
| do | consolid. | 100 | 10 T. | 4 | 105½ bz. | Berg.-Märkische | 6 | 5 | 163½ | 3½ G. |
| do | 4½% jge | 100 | 10 T. | 4 | 99 bz. | Berg.-Ludw.-B. | 7 | 5 | 45 | 2½ G. |
| Staats-Schuldcheine | 3½% jge | 100 | 10 T. | 4 | 92½ bz. | Halle-Sorau-Gub. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Präm.-Anleihe v. 1855 | 3½% jge | 100 | 10 T. | 4 | 122½ bz. | Hannover-Altenb. | 5 | 5 | 47 | 2½ G. |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4% jge | 100 | 10 T. | 4 | 102½ bz. | Kaschau-Oderbrg. | 3 | 5 | 61½ | 2½ G. |
| Berliner | 4% jge | 100 | 10 T. | 4 | 101½ bz. | Kronpr.-Rudolph. | 5 | 5 | 71 | 2½ G. |
| Pommersche | 3½% jge | 100 | | | | | | | | |